

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nachmittags, 4 Uhr. Preis monatlich 2.50 M., frei Haus, bei Vorbestellung 1.50 M. Einzelhefte 10 Pf. Alle Anzeigen, Feuilletons, außer Anzeigen u. Geschäfteanzeigen, werden nach Maßgabe des Preiskataloges angenommen. Im weiteren Betriebe steht die Redaktion für den Inhalt verantwortlich. Änderungen einzelner Zeilen werden nur, wenn die Redaktion hierüber Kenntnis erhält, angenommen.

Angabepraxis laut amtlicher Verordn. Nr. 6. - Riffen-Verordn. Nr. 20. - Einzelhefte ohne Aufschrift und bezahlbar werden nach Maßgabe des Preiskataloges angenommen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. - Bei Konfirm. und Zwangsvergleich erfolgt jeder Anruf auf Radio.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 61 - 95. Jahrgang

Druckanschrift: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag, den 12. März 1936

Signal zum Wahlkampf.

Mit einer großen Rede in der riesigen Deutschlandhalle in Berlin hat Reichsminister Dr. Goebbels als Reichswahlkampfleiter den Aufruf zum Wahlkampf abgegeben. In 230 Sälen der Reichshauptstadt ist die Rede des Ministers übertragen worden, und der Mundfunk hat sie in alle Welt hinausgeschickt. Dr. Goebbels hat das Signal gegeben. Jetzt auf in den Kampf!

Überall im Reich werden nunmehr Persönlichkeiten von Staat und Partei zum Wahlkampfschema sprechen, und sie werden das Volk wieder einmal aufrufen zu einer großen Kundgebung, aus der Deutschlands Einheit und Einigkeit, der unerschütterliche Glaube und das Vertrauen des deutschen Volkes zu seinem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler aller Welt deutlich erkennbar werden.

Es ist ein anderer Wahlkampf, den wir jetzt führen, ein anderer, als die unseligen Wahlkämpfe der liberalistisch-marxistischen Zeitperiode. Das deutsche Volk steht geeint da. Nicht 37 Parteien drängen sich auf einem endlosen Wahlzettel zusammen, der am Tage der Entscheidung den deutschen Wählern in die Hand gedrückt wird, sondern eine große mächtige Partei steht da, eine Partei, die das deutsche Gesamtvolk vertritt. Eine Partei, die frei ist von Interessengruppen, eine Partei, die kein anderes Ziel kennt als Deutschland.

So steht der Wahlkampf aus, in den wir nun eintreten. Es ist kein Kampf der deutschen Menschen gegeneinander, es ist ein Kampf für eine Idee, für ein Ziel, für eine bessere Zukunft, für die Ehre und Freiheit Deutschlands. Einst zerstreute sich das deutsche Volk in Kämpfen von Interessengruppen gegeneinander. Da sprach die eine Gruppe ihren Wählern, daß sie sich für die Herabsetzung der Grundsteuer einsetzen werde, eine andere lockte ihre Wähler mit dem Versprechen zum Kampf gegen die Wasserabgaben, eine dritte sammelte um sich die Gegner des Alkohols, und eine vierte wollte es sich aneignen kein Lassen, für andere Interessen zu kämpfen. So wurde das Volk gespalten in Interessengruppen. Der eine war der andere Feind, er gönnte ihm nicht den Erfolg, und letzten Endes kämpften doch alle diese Parteien nur um ein paar Töpfe im Reichstag, mit denen für einige besonders rührige und geschäftstüchtige Menschen eine schöne Prämie verbunden war in Form von Tagegeldern und Reisefrüchten. Und wenn das Ziel erreicht war, dann hörte der Wähler nichts mehr von all den Versprechungen. Es war ja doch nichts weiter als Lüge.

Wir erleben eine große Zeit, die nichts mehr übrig hat für den Kleintierkram. Früher sah man über die Quängeleien des Alltags nicht mehr die großen Ziele. Das Volk veranlagte sich in Vorlieben und Affektanfängen, und dabei ging die Nation in die Wüste. Deutschlands Gegner zogen den Karren aus der deutschen Uneinigkeit, setzten sie in ihre Rechnung als sichere Pösten ein und spielten so mit einem 60-Millionen-Volk Frankreich.

Das deutsche Volk ist erwacht. Es hat einen Führer, dem es blind ergeben ist und zu dem es einen unbedingten felsenfesten Glauben hat, daß er es in eine bessere Zukunft führt, eine Zukunft, die würdig ist der deutschen Vergangenheit und der geschichtlichen Aufgabe. Wir brauchen keine Wahlkampfparole. Wir haben nur eine Parole, und die heißt: Für Ehre und Freiheit. Das ist alles. Nichts weiter wollen wir. Wir wollen frei sein. Wir wollen so geehrt werden, wie wir es zu verlangen haben nach Geschichte und nach unseren Taten. Wir wollen friedlich arbeiten und alles wieder aufbauen, was eine fünfzehnjährige unverantwortliche Nachkriegspolitik zerstört hat. Das sind unsere Ziele, denen wir alle unsere eigenen Wünsche unterordnen. Nicht um das Schicksal des einzelnen geht es, sondern um das Schicksal der Nation. Was wollte der einzelne für Vorteile für sich erwarten, wenn die Nation zerfallen ist. Adolf Hitler hat den Begriff der Nation wiedererweckt und neu belebt. Jetzt wollen wir für diese Nation kämpfen und streben.

Und dann noch eins: Wir stehen völlig unter dem Eindruck der Ereignisse des 7. März. Deutschland hat sich seine uneingeschränkte Staatshoheit im ganzen Reich endlich selbst geholt, nachdem sie ihm die Versäuler Staaten achtzehn Jahre lang verweigert haben. Deutschlands Führer hat der Welt einen großen Frieden vorgelegt, der keineswegs nicht hat. Hitlers Leben ist Einsatz für die Nation. Bis zum letzten Atemzuge wird er mit allen seinen Kräften kämpfen für Deutschlands Zukunft. Er lebt nicht sein Leben, sondern er lebt das Leben des deutschen Gesamtvolkes. In dreißigjähriger ungläublich schwerer und aufopfernder Arbeit hat er uns der Weisheit seines Willens und seiner Erfolge gelehrt. Noch nie in der deutschen Geschichte ist in so kurzer Epoche so Großes geleistet worden. Und was dem Führer die Kraft gibt zu seiner nie ermüdenden Arbeit, was ihn immer von neuem anspornt, das ist allein der Glaube des Volkes an ihn und das Vertrauen auf ihn.

„In der kühleren Atmosphäre Londons“

Fortsetzung der Locarno-Konferenz.

Durch die Verlegung der Konferenz der Locarno-Mächte nach London steht die englische Hauptstadt nunmehr in diesen Tagen im Mittelpunkt des europäischen Interesses. Die Konferenz der Locarno-Mächte findet am Donnerstagmittag im Locarno-Saal des Foreign Office, des englischen Außenministeriums, statt, in dem 1925 der Locarno-Vertrag unterzeichnet wurde. Der Bälterbundsrat, der für Sonntagabend nach London einberufen worden ist, wird seine Beratungen im Bilderstall des St. James-Parkes abhalten, wo genügend Raum zur Verfügung steht, um das Sekretariat und die Weltpresse unterzubringen. Etwa 60 Bälterbundsbeamte trafen am Donnerstagvormittag unter Führung des Generalsekretärs des Bälterbundes, Aneurin, in London ein.

Nach der Rückkehr des englischen Außenministers Eden und des Lordgeheimrats Lord Halifax von Paris nach London, hielt das englische Kabinett sofort eine Sitzung ab, um den Bericht über die Pariser Besprechungen der Locarno-Mächte entgegenzunehmen. In der englischen Presse machte sich am Mittwoch überwiegend die Auffassung geltend, daß mit dem „glänzenden strategischen Schachzug“, die Weiterberatung der Locarno-Mächte und die Beratungen des Bälterbunds nach London zu verlegen, die akute Krise überwunden zu sein schien. Wie der „Daily Telegraph“ berichtet, habe in Paris, als die Besprechungen sehr ernst geworden seien, der englische Außenminister Eden nach wiederholten telephonischen Besprechungen mit dem englischen Ministerpräsidenten Baldwin schließlich den Vorschlag gemacht, die Verhandlungen nach London zu verlegen.

Der Entschluß, die weiteren Verhandlungen in London stattfinden zu lassen, habe in den englischen politischen Kreisen größte Befriedigung hervorgerufen, weil sich dadurch die Möglichkeit zu sachlicheren Verhandlungen in der „kühleren Atmosphäre Londons“ böie. Nach der „Times“ wird in London ohne Zweifel aus der Verlegung der Ratsversammlung nach London der Schluß gezogen, daß es sich in dem einen oder anderen Abschnitt der Verhandlungen als wünschenswert erweisen werde, eine klare Aussprache mit einem Vertreter Deutschlands zu haben, und daß es für diesen leichter sein werde, die Auffassung seines Landes in London darzulegen, als an einer Ratsversammlung in Genf teilzunehmen. In der englischen Presse wird weiter zum Ausdruck gebracht, daß die Haltung Frankreichs nach Sarraut's letzter Rede nicht so kompromittiert sein werde, wie es schien.

England lehnt Bälterbundsrevision ab

Das englische Oberhaus beschäftigte sich am Mittwoch mit einem Antrag des Lord Charnwood, in dem die Revision der Bälterbundsabgabe gefordert wurde. Der Antrag sprach sich im besonderen für eine Befreiung bedingungsloser Garantien für die gebietsmächtige Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit von Mitgliedsstaaten sowie für die Befreiung aller Bälterbundsverpflichtungen zur Durchführung der Satzungen mittels irgendwelcher Sühnemaßnahmen aus. Die Mehrzahl der Redner, die teils zu den Regierungsanhängern, teils zur Opposition gehörten, setzten sich für eine Revision der Bälterbundsabgaben ein.

Der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Lord Stanhope, der für die Regierung antwortete, erklärte, es sei völlig zureifend, daß der Bälterbund weit davon entfernt sei, das zu sein, was man von ihm erhofft hatte. Die Aufrechterhaltung des Status quo halte er für ein natürliches Kompromiß zwischen den widerstrebenden Ansichten innerhalb des Bälterbundes. Wenn eine Veränderung gegen den Willen einer Nation vorgenommen würde, dann werde es eher zum Krieg kommen als zum Frieden. Die englische Regierung sei sich der Gefahr bewußt, die die Mitgliedschaft im Bälterbund mit sich bringe. Die Möglichkeit, in einen Krieg oder ein kollektives Vorgehen hineingezogen zu werden, befürchte ohne Zweifel. Eine kollektive Sicherheit ohne kollektive Verpflichtungen sei aber unidentbar.

Und deshalb wählen wir am 29. März! Wir wollen in einer nie dagewesenen großen Vertrauensdemonstration dem Führer zeigen: Hier steht das ganze deutsche Volk hinter dir. Sieh, es will dir weiterhin folgen, denn es glaubt an dich. Diese mächtige Vertrauens- und Glaubensdemonstration wird dem Führer der stärkste Beweis dafür sein, daß sein Handeln getragen ist von dem Willen des deutschen Volkes, und seine Macht in der Welt wird gegen die Tatsache anwachsen können: Der Führer ist das Volk, und was der Führer sagt, das ist des Volkes Stimme.

Nach Ansicht der Regierung, so fuhr Lord Stanhope fort, lohne es sich aber, diese Gefahren zu laufen, da die kollektive Sicherheit eine beträchtliche Unterstützung für England mit sich bringe und ein großes Maß militärischer Kraft im weiteren Sinne gebe, falls England von einer anderen Nation angegriffen würde. Die englische Regierung unterstütze den Bälterbund in seiner gegenwärtigen Form, weil sie die großen englischen Besitzungen und Kolonien, die von anderen Nationen begehrt würden, sichern wolle. - Nach dieser abschließenden Regierungserklärung wurde der Antrag auf Revision der Bälterbundsabgabe zurückgezogen.

Für Einigung mit Deutschland.

Der Vollziehungsausschuß des englischen Aktionsrates nahm unter dem Vorsitz seines Gründers, Lord George, eine Entschließung zur internationalen Lage an, in der die Erklärung Edens begrüßt wird, daß die englische Regierung die Vorschläge Hitlers prüfen werde. Der Ausschuß lehnt den Gedanken, Sühnemaßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen, ab. Er fordert die englische Regierung auf, Verhandlungen mit Deutschland und anderen Mächten durch den Bälterbund über die Rückkehr Deutschlands nach Genf zu eröffnen. Außerdem verlangt er die Ausarbeitung eines allgemeinen europäischen Nichtangriffspaktes, den Renauvan des Bälterbundes als eines Werkzeuges friedlicher Veränderungen und eine sofortige Politik der fortschreitenden Abrüstung.

Deutschland kann nicht als Sklavenstaat behandelt werden.

Englische Blätter zu den Londoner Besprechungen. Die Londoner Abendblätter beschäftigen sich ausführlich mit den bevorstehenden Londoner Besprechungen. Der „Star“ meint, es seien augenblicklich nur geringe Anzeichen dafür vorhanden, daß es zu einer vollständigen Einigung zwischen Paris und London kommen werde. Die Franzosen gingen selbstverständlich darauf aus, die Ratifizierung in einen Prozeß gegen Deutschland zu verwandeln. Die Franzosen, die wohl zusammen mit Litwinow und Titulescu die Intraffizierung von Sanktionen fordern würden, würden jedoch ihr Ziel niemals erreichen, weil hierüber keine Einigung zustande kommen würde.

Das Blatt schreibt in einem Leitartikel: In England wachse die Stimmung, daß Deutschlands Stellung, die der eines Sklavenstaates gleiche, nicht länger aufrechterhalten werden dürfe.

Es sei an der Zeit, eine Zukunft ins Auge zu fassen, in der Deutschland „mit allen seinen Fehlern“ wie andere Mächte behandelt werde.

Das Rothenmere-Blatt „Evening News“ meint, nur ein wirkliches Verstehen aller Fragen könne den Frieden in Europa herbeiführen. Juristische Spitzfindigkeiten nach Genfer Art und kleinliche Prüferereien dieser und jener Vertragsrechte würden die Lage nur verschlimmern und nicht regeln. Ein solches Verfahren würde der Sowjetregierung sehr gefallen. Diese habe die Aufgabe, den westlichen Nationen nicht den Frieden, sondern das Schwert des revolutionären Kampfes zu bringen. Es sei bemerkenswert, mit welchem Eifer der sowjetische Botschafter dem englischen Außenamt mitgeteilt habe, daß seine Regierung Verhandlungen mit Deutschland einschließen absehe.

Es sei aber besser, zu glauben, daß Hitler seinen Friedenswunsch ehrlich meine.

Es sei Zeitverschwendung, lediglich zu erwähen, daß infolge der Rheinlandbesetzung durch Deutschland von ihm unterzeichnete Verträge wertlos seien; auch wäre es Zeitverschwendung, Deutschland aufzufordern, das Geschworene ungeheuren zu machen oder irgendwelche Entschuldigungen vorzubringen.

Die Verhängung von Sanktionen gegen Deutschland sei ein so idiotischer Gedanke, daß es keinen Wert habe, darüber zu reden.

Erhebe dich, du deutsches Volk, und tue deine Pflicht! Keiner wird fehlen wollen, wenn es um Leben und Zukunft des deutschen Volkes geht!

Dr. Goebbels.